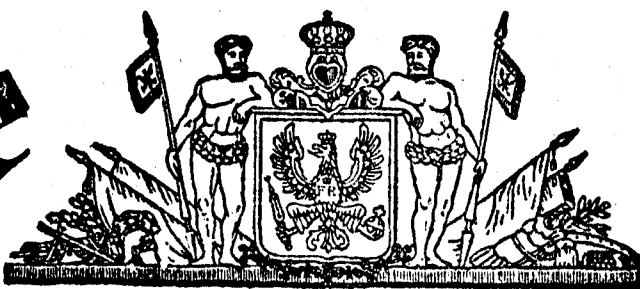


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurznachricht der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10.— M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 3.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3.— M. u. 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,50 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): E. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Die Konferenz von San Remo

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 21. April.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in San Remo schreibt: Ich glaube bestätigen zu können, daß die ersten nicht-amtlichen Unterredungen der drei Ministerpräsidenten über die deutsche Angelegenheit keineswegs zu dem Uebereinkommen geführt haben, von dem die englischen Deputierten berichten. Wir sind davon im Gegenteil noch weit entfernt. Gleichzeitig mit der Beratung über den türkischen Vertrag, die sich wohl noch sehr in die Länge ziehen wird, wird man auch die Unterredungen über die Entwaffnung Deutschlands pflegen. Die verbündeten Regierungen scheinen also über die Notwendigkeit der Entwaffnung des Deutschen Reiches vollkommen einig zu sein. Aber es herrschen noch viele Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe von Fragen.

London, 21. April. (S. N.)

Ein amtlicher Bericht aus San Remo besagt, der Oberste Rat habe beschlossen, einen Kontrollausschuß für die türkischen Finanzen zu ernennen. Die militärischen und maritimen Sachverständigen erklärten, daß die Durchführung des türkischen Friedensvertrages Schwierigkeiten mit sich bringen würde. In der Gegend von Erzerum, wo noch ein ganzes türkisches Armeekorps liege, und in Kleinasien, wo nationalistische Banden operieren, würden wohl militärische Maßnahmen seitens der Alliierten notwendig werden. Der Oberste Rat hat sich in dieser Frage auf den britischen Standpunkt gestellt.

Nach französischen Meldungen aus San Remo soll Datum internationalisiert werden, um Arbeitsbeschäftigung und Gezeiten als Hafen zu dienen.

Die „Times“ führt in einem Artikel aus: „Der Oberste Rat wird zwei schwere Probleme zu lösen haben: die Zukunft der Türkei und die Maßnahmen zur Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Um dies letztere zu erreichen, gibt es nur ein Mittel: Die Entwaffnung Deutschlands muß ohne weitere Verzögerung zur Tatsache werden. Gleichzeitig aber werden die Alliierten sich auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland festlegen müssen. Zunächst sind einmal die Höhen der Entschädigungssummen, die Deutschland zu leisten hat, genau festzusetzen. Sodann wäre ein Plan zur Beseitigung von Rohstoffen auszuarbeiten, der weder den Charakter der Ausbeutung noch den eines zu weitgehenden Entgegenkommens zeigen darf, sondern für dessen Aufstellung ausschließlich das gemeinsame Interesse der Alliierten bestimmend sein muß. In allererster Linie muß die Entwaffnung Deutschlands durchgeföhrt werden, denn unsere Sicherheit ist immer noch gefährdet.“ „Daily Mail“ sagt: „Wir hoffen, daß die Nachricht, daß die britische Regierung auf ein energisches Ultimatum dringe, zutreffend ist. Dann wird das Vorgehen Frankreichs nicht umsonst gewesen sein.“ Die „Morningpost“ erklärt, daß man zu lange mit der Entwaffnung Deutschlands warte.

Rücktritt des serbischen Kabinetts.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Belgrad, 21. April.

Der Ministerpräsident Protitch überreichte dem Prinzregenten ein Memorandum über die Lage, in dem es heißt: Die Regierung sei außerstande, die Verantwortung für die Geschäfte weiter zu tragen, und stelle es dem Prinzregenten anheim, in der schweren Lage weitere Entschlüsse zu fassen.

Die österreichische Länderkonferenz.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Wien, 21. April.

Die zweite Länder-Konferenz hat heute nachmittag ihre Beratungen begonnen. Man steht bei der Ausarbeitung des bundesstaatlichen Verfassungsentwurfes vor einer neuen grundlegenden Frage: vor der Schaffung eines Wirtschaftsparlamentes, das an der Seite des politischen den Gedanken des Räte-systems seiner praktischen Auswirkung zuföhren soll.

Man hat sich auf der ersten Länder-Konferenz in Salzburg hauptsächlich mit dem bundesstaatlichen Problem beschäftigt, und auch diesmal geht der Kampf um die Kompetenz der Länder, die sich möglichst selbstständig von Wien machen wollen. Diesmal hat der Staatssekretär für Verfassungsfragen Mayer einen Entwurf gebracht, der einen mittleren Weg vorschlägt, um die der bundesstaatlichen Zersplitterung abholden Sozialdemokraten einigermaßen mit den christlich-sozialen Vorschlägen auszusöhnen. Man ist auch noch weit entfernt von einer Verständigung, welche die Ueberweisung einer offiziellen Verfassungsvorlage der Koalitionsregierung an die Nationalversammlung möglich machen könnte. Die

Christlich-Sozialen wollen in dem von ihnen vorgeschlagenen Bundesrat der relativ stärksten Partei, den Sozialdemokraten, die Macht aus den Händen winden. Die Sozialdemokraten haben deshalb einen eigenen Entwurf ausgearbeitet. Präsident Sely war dazu heute nach Salzburg gekommen.

Die Sozialdemokraten gehen darauf aus, sich durch ihre weitergehenden Gegenforderungen, wie die der Trennung von Kirche und Staat, den Gegnern um so teurer zu machen. Dann haben die Deutschfreiwillichen und die Großdeutschen, die auf einer Konferenz in Linz ihren Zusammenschluß zu einer einheitlichen Partei beschlossen haben, kräftige Vorschläge gebracht, die sowohl im christlich-sozialen wie im sozialdemokratischen Lager überraschten, weil sie jedenfalls mehr Verständnis im Volke finden werden als die jetzt nicht aktuellen konfessionellen Fragen.

Die „unbegründeten“ Beschwerden der Oberschlesier.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Breslau, 21. April.

Der Rat der Alliierten in Paris hat in einer neuen Sitzung seine Plebiszitkommission in ihrer rechtswidrigen Haltung bekräftigt. Er gibt bekannt, daß die gegen die Tätigkeit der Interalliierten Kommission und gegen die Haltung der französischen Militärbehörden in Oberschlesien gerichteten Beschwerden einstimmig für unbegründet erklärt worden seien.

Die Einreise nach Oberschlesien.

Einspruch beim französischen Geschäftsträger.

Das Polnische Telegraphenbüro gibt bekannt: Zur Genehmigung der Einreise nach dem besetzten Gebiet Oberschlesiens verlangen die französischen Konsulate nicht nur ein Passivum, sondern erst wenn die Erlangung des Visums auch dadurch, daß sie die Antragsteller tagelang warten lassen. Außerdem wird für das Visum eine Gebühr von 67 M. verlangt. Hiergegen ist bei dem französischen Geschäftsträger Einspruch erhoben worden. Auch gegen die Schwierigkeiten, die insbesondere das französische Konsulat in Breslau dem Reiseverkehr nach dem besetzten Gebiet Oberschlesiens bereitet, sind bei dem französischen Geschäftsträger Vorstellungen gemacht worden.

Polen fordert Aufschub der Abstimmung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Breslau, 21. April.

Der Warschauer Ministerrat hat beschlossen, beim Obersten Rat in Paris folgende Forderungen zu erheben: Verwirklichung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung bei der Abstimmung, Beseitigung des fast ausschließlichen Einflusses der deutschen Behörden und der Sicherheitswehr und Verschiebung der Volksabstimmung. Der Antrag auf Verschiebung der Volksabstimmung bedeutet eine volle Schwelung der polnischen Politik, die geglaubt hatte, durch eine möglichst frühe Abstimmung für sich ein möglichst günstiges Ergebnis zu erreichen.

Neue Zulagen für die Eisenbahner.

Die Nationalversammlung hat gestern neue Steuerzulagen für die Eisenbahnarbeiter bewilligt, die zwischen den Eisenbahner-Verbänden und dem preußischen Ministerium die öffentlichen Arbeiten vereinbart worden waren. Für Preußen allein beträgt der Aufwand zwei Milliarden. Wegen die polnischen Vertragsverletzungen erhoben zu Beginn der Sitzung Reichsminister Dr. Brücker und Vertreter aller Parteien Einspruch. Den Bericht über die Sitzung veröffentlichten wir in der 2. Beilage.

Den Bericht über die preußische Landesversammlung, die dem Staatsvertrag auf Uebernahme der Bahnen auf das Reich endgültig zustimmt, geben wir auf der 1. Seite des Hauptblatts.

Die Ueberwachung der Grenzen.

Der neu geschaffene Posten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr wird nach unseren Informationen demnächst besetzt werden. Es besteht die Absicht, den bisherigen Reichskommissar für die Fischerversorgung, Herrn v. Flügel, mit dieser Stelle zu betrauen. Die Aufgabe des Reichsbeauftragten soll es vornehmlich sein, die „Löcher“ im Westen, Osten, Süden und Norden zu stopfen.

Devachan.

Von

Mario Passarge,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Vor San Remo, 16. April.

Die gelben Sumpfküken haben schon die weißen Narzissen abgelöst; auf den weiten Weiden und Weiden links der Bahn wandeln die hellen und bunten Flecke der gehörnten Herden langsam durch die gelben Blütenlachen. Das Meer, mit einem helleren Streifen vom Lande abgehend, verliert sich in verblichener Himmelsbläue unter einem frühlingsduftigen Horizont. Es kranzelt leise. Um diese Stunde ist der italienische Ministerpräsident auf seinem Torpedoboot, das er gestern abend in Anzio bestieg, uns bereits weit nördlich voraus. Er wird keinen hohen Seegang haben, wie das letzte Mal, als er wegen des Eisenbahnstreiks, aus England kommend, von Marseille nach Civitavecchia fuhr. Wenn man zugibt, daß auch in der Politik augenblickliche Stimmungen und jeweilige Befinden der Staatsmänner entscheidend sein können, so darf man sich über die Gefälligkeit Neptuns freuen. Denn die Diskussion von San Remo wird bedeutende Ansprüche an die Nerven aller Teilnehmer, nicht zuletzt an die der italienischen Unterhändler stellen. Mögen sie auch sonst unter Blumen wandeln und ihre Entschlüsse im Schlosse Devachan zu treffen haben, das der frühere Besitzer, Lord Mervorough, als überzeugter Buddhist so kaufte, weil er so etwas ist wie „der zweite Himmel des Paradieses der Seelenruhe“. So vieler Worte Bedeutung nämlich wohnt dem fremden Klange Devachan inne.

Der Ministerpräsident hat gewußt, warum er auch dieses Mal das Meer, wenn es auch keine Balken hat, den Schienen und Schwellen der Eisenbahn vorgezogen hat: das Streikfieber schleicht immer noch durch die eisernen Adern der italienischen Nation. Wir haben unterwegs da und dort auf kleinen Stationen die einseitigen Sympathiestreiks der Eisenbahner hübsch gedulbig ertragen müssen. Wer der italienischen Nation nicht wohlgeinnt ist, kann versuchen, aus dieser Situation seinen Nutzen zu ziehen. Nitti ist im Kreise seiner weniger europäischen durchdrungenen ausländischen Kollegen bereits etwas wie ein Enfant terrible geworden. Es würde nicht förderlich sein, wenn im Schöße der Konferenz an der Autorität gewankt werden dürfte, mit der per narentenjae Beante im Namen seines Volkes spricht.

Man weiß, daß dieses Mal die europäischen Staatsmänner, die an der Konferenz teilnehmen, ja diese letzten, eine interalliierte Krise hinter sich haben, die wohl tiefer geht, als man allgemein annimmt und die durchaus noch nicht so ausgeglichen ist, wie sie scheint. Der Augenblick ist den beiden dort in Fehde befindlichen Richtungen in gleicher Weise günstig. Die Franzosen werden auf die neuen reaktionären Drohungen hinweisen, deren Echo aus Deutschland gerade in diesen Tagen herüberklingt. Die Italiener und Engländer haben beide den schwebelnden Brand in eigenen Hause und könnten auf das Paradoxe dieser diplomatischen Konferenz aufmerksam machen, die über die Zukunft einiger Länder und Völker entscheiden soll, während Länder und Völker ein einem Zustand sich befinden, der keine Garantie dafür gewährt, daß die Arbeit der Konferenz nicht schon morgen in die Kumpelkammer des Ueberholten geworfen werde. Wenn man sich diese Konferenz einen Augenblick als ein Parlament vorstellt, so finden wir die Franzosen rechts, die Engländer in der Mitte und Italien auf den linken Banken sitzen. Und wenn man ein wenig bei diesem Bilde verweilt, so wird, wer mit Parlamenten Bescheid weiß, sich auch bereits eine Vorstellung des Ganges und des Schlusses der Verhandlungen machen.

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir sagen, daß der ursprünglich für Pfingsten angelegte Besuch Kenners in Italien auf den persönlichen Wunsch des italienischen Ministerpräsidenten beruht wurde, daß Nitti in San Remo seinen theoretischen Dissertationen über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Siegern und Besiegten bereits ein Beispiel seiner praktischen Verwirklichung unterlegen kann. Freilich läßt sich wohl das italienisch-österreichische Verhältnis kaum mit dem verwidelteren Komplex der heutigen und morgigen deutsch-französischen Beziehungen vergleichen. Unmittelbarer Berührungspunkt ist aber in beiden Fällen das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein. Und Nitti könnte seinen französischen Kollegen eben auf Grund des mit Oesterreich in Rom Verabredeten, an der Hand des Resultats wenigstens als summarische Richtlinie gegenüber Deutschland empfehlen, was er gegenüber Oesterreich mit mutigem Anlauf durchgeföhrt hat. Ein erstes, über den italienisch-österreichischen Rahmen hinausgehendes Resultat der römischen Zusammenkunft hat sich ja bereits heute ergeben: die nunmehr auch die Franzosen gegenüber Oesterreich, um nicht in den Hintergrund gedrängt zu werden, wenigstens einen Teil der vielen unverbindlichen Versprechungen baldigst realisieren zu wollen scheinen. Sobald man aber hier auch nur einen Stein aus dem künstlichen Gefüge der konföderativen Kombination herausreißt, ist auch bereits der Aufzug nach Norden geöffnet. Wenn man in Ita-